



---

## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

### 22. Sitzung vom 13. März 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.37 Uhr

---

Leitung: Beatrice Büschlen (Präsidentin)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Claudia Fünfschilling, Christoph Daniel Maier, Erik Schellenberg, Thomas Schwarb, Konrad Widmer, Eva-Maria Bonetti (GR)

---

Präsidentin:

Beatrice Büschlen

Protokoll:

Linda Gerstner

---

## **Begrüssung**

Einwohnerratspräsidentin *Beatrice Büschlen*, *Grüne* heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen Sitzung. Sie begrüsst alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten Mike Keller, welcher heute das letzte Mal in seinem Amt als Gemeinderat und Gemeindepräsident an einer Einwohnerratssitzung teilnimmt, die weiteren Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die für das Protokoll zuständig ist und die Abstimmungsanlage bedient, und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Neben ihr Platz genommen hat wieder der Vizepräsident Roman Oberli. Ebenfalls begrüsst die Rednerin die Vertreter der Medien und das regioTVplus, dessen durch das Einwohnerratsbüro ausgesprochene Drehgenehmigung nach wie vor gilt. Sie freut sich zudem, auch politisch interessierte Besucher und Besucherinnen hier im Saal willkommen zu heissen.

Die Präsidentin möchte die Gelegenheit gleich nutzen, den gewählten Landrätinnen und Landräten Sven Inäbni, Marc Schinzel, Simone Abt-Gassmann, Susanna Keller und Patricia Bräutigam zur ihrer Wahl in den Landrat zu gratulieren. Das scheint ihr ein Applaus wert. Sie haben sich sehr engagiert. *[Applaus]* Natürlich geht die Gratulation auch nach Bottmingen, wo Lucia Mikeler Knaack und Tim Hagmann die Bottminger vertreten werden und auch ein wenig Binningen. Bei den Gemeinderats-Ersatzwahlen vom vergangenen Wochenende gibt es leider noch kein definitives Resultat. Der zweite Wahlgang wird am 23. April 2023 durchgeführt. Sie bittet die Anwesenden, sich diesen Tag rot anzustreichen und an die Urne zu gehen.

Mit Bedauern muss die Votantin den Tod von Willi Rehmann zur Kenntnis nehmen. Im Namen des Einwohnerrats entbietet sie seiner Frau Traude und der Familie ihr tiefst empfundenes Beileid.

## **Mitteilungen der Präsidentin**

In der Gemeinde Binningen fand letzte Woche das Wirtschaftsforum von metrobasel statt. Das Thema war: «Gemeinden der Zukunft – was macht sie attraktiv?». Dieses Thema wird die Anwesenden in den nächsten Jahren oder grundsätzlich als Politikerinnen und Politiker immer begleiten. Auf zwei Podien wurde mit Vertretern von Jugend, Familie, Gewerbe, Senioren, Gemeinderat und Verwaltung diskutiert. Schon aus den spannenden Impulsreferaten konnte sich die Rednerin viele interessante Informationen mitnehmen. Interessant ist z.B., dass die Weltbevölkerung gemäss UNO-Studien schrumpfen wird. Die demographische Entwicklung sei in Industrieländern bereits spürbar mit weitreichenden, teilweise einschneidenden Folgen. Wenn man durch Binningen spaziert, kommt einem dies nicht unbedingt so vor. Überall wird gebaut. Es entstehen neue Häuser und je nach dem sind sogar Quartiere angedacht.

Probleme und Lösungsvorschläge, Ideen von Vertretern und Vertreterinnen aus der Einwohnerschaft wurden seitens der Gemeinde bereits aufgenommen. Der Verwaltungsleiter hat z.B. bestätigt, dass für Jugendstandorte schon Ideen und ev. Lösungen vorhanden sind. Zusammenhalt, Zusammenarbeit, zusammen reden, zusammen planen und Lösungen erarbeiten. Das macht nach Meinung der Präsidentin eine Gemeinde aus. Anwesend waren auch sehr viele Jugendliche, die bei der Umfrage im Vorfeld dieser Veranstaltung mitgemacht haben. Damit schliesst sie ihr kurzes Fazit zu diesem Anlass.

## **Präsenz**

Für die Sitzung entschuldigt sind Thomas Schwarb, *Grüne/EVP*, Erik Schellenberg, *SP*, Christoph Daniel Maier, *FDP*, Konrad Widmer, *SVP* und Claudia Fünfschilling, *FDP*. Es sind also 35 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 24. Entschuldigt hat sich zudem Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, *FDP*.

## **Neue Vorstösse**

Nr. 148, Interpellation D. Zimmermann, *FDP*: Wie breit muss ein kundenfreundlicher Parkplatz sein?  
Nr. 151, Interpellation *Grüne*: Baumbestand in Binningen

Nr. 152, Postulat L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP: Überprüfung der Pflichtparkplätze  
Nr. 153, Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Bauprojekt am Kirschtalrain - Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen

Vor der Abstimmung über die Dringlichkeit, möchte die Präsidentin wie üblich eine Probeabstimmung durchführen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

### **Dringlichkeit Interpellation S. Abt, SP: Bauprojekt am Kirschtalrain - Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen**

*Simone Abt, SP* erläutert, ihre Interpellation nehme Bezug auf diverse Kontaktnahmen aus der Bevölkerung mit Mitgliedern des Einwohnerrats. Es wurden Fragen aufgeworfen. Weil diese aktuell sind und Menschen im Quartier beschäftigen, beantragt sie Dringlichkeit, damit die paar Fragen rasch beantwortet werden können. Sie bittet die Anwesenden, der Dringlichkeit zuzustimmen.

#### **ABSTIMMUNG**

Dringlichkeit: 27 JA / 5 NEIN / 3 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 02)

Das erforderliche Zweidrittelmehr zur Gewährung der Dringlichkeit wurde erreicht.

#### **BESCHLUSS**

---

**://:** Die dringliche Behandlung der Interpellation von S. Abt, SP: «Bauprojekt am Kirschtalrain – Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen» wird beschlossen.

---

Das Traktandum «Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Bauprojekt am Kirschtalrain - Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen», Gesch. Nr. 153 wird neu als Traktandum 2 behandelt.

#### **Traktandenliste**

**://:** Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

---

	<b>Gesch. Nr.</b>
1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 30. Januar 2023</b>	
2. <b>Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Bauprojekt am Kirschtalrain - Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>153</b>
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.11.2022 <b>Bruderholzrain, Tempo 30 Zonenerweiterung</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>140</b>
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.11.2022 <b>Kreditabrechnung des Projekts «Erneuerung Informatiksysteme»</b> Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	<b>141</b>

- |     |  |            |
|-----|--|------------|
| 5.  | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.05.2022<br><b>Motion R. Oberli, SVP: Themen öffentlichen Interessens in den Einwohner-<br/>rat</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi  | <b>105</b> |
| 6.  | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.02.2023<br><b>Investitionskredit Instandsetzung Schloss Binningen 2023–2027</b><br>Geschäftskreisführung: Mike Keller   | <b>150</b> |
| 7.  | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.02.2023<br><b>Investitionsausgabe für den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestel-<br/>len auf der BLT-Linie Nummer 61</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi   | <b>149</b> |
| 8.  | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.02.2023<br><b>Motion D. Zimmermann, FDP: Langzeitpflege: Schweiz benötigt 54'000 zu-<br/>sätzliche Betten. Wie geht die Gemeinde Binningen mit dieser Herausforde-<br/>rung um?</b><br>Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller   | <b>130</b> |
| 9.  | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.02.2023<br><b>Motion Grüne/EVP: Förderung von Regenwassernutzung</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi  | <b>135</b> |
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.02.2023<br><b>Postulat R. Büchelin, SP: Gefahrensituation für Velos bei der Tram-Bushalte-<br/>stelle «Hohle Gasse»</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi   | <b>136</b> |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.01.2023<br><b>Interpellation K. Müller, SP: Raumprobleme bei den Kindergärten</b><br>Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger  | <b>143</b> |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.01.2023<br><b>Motion P. Frauchiger, FDP: Rückkehr zu einer zeitlich und örtlich einge-<br/>schränkten Wildplakatierung: für eine Übergangslösung z.G. der politischen<br/>Meinungsbildung</b><br>Geschäftskreisführung: Mike Keller | <b>144</b> |
| 13. | Diversa  |            |

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 30. Januar 2023

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne informiert, beim Einwohnerrats-Büro seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Rat.

### BESCHLUSS

---

://: Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Gesch. Nr. 153

### Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Bauprojekt am Kirschtalrain - Mitwirkung, Einsprachen und Rodungen

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP nimmt gerne Stellung zu dieser dringlichen Interpellation. Vorweg möchte er erwähnen, dass die Parzellen des Baugesuchs 2023-0231, auch wenn sie bis vor kurzem dicht bewachsen waren, Teil des Siedlungsgebietes und der Zone W2b zugewiesen sind. Einen Baumschutz, wie er z.B. im Kanton Basel-Stadt gilt, gibt es im Kanton Baselland leider nicht.

#### 1. Wurden die Einsprachen bereits behandelt?

Das Verfahren zum Baugesuch 2023-0231 läuft noch. Die Fristen für eine Einsprache resp. für die Begründung sind abgelaufen und das Bauinspektorat hat die Einsprachen den Fachstellen zugestellt. Jetzt haben alle Fachstellen Zeit für eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten aus ihren Fachgebieten. Sobald alle Stellungnahmen beim Bauinspektorat eingegangen sind, wird das Verfahren fortgeführt. Die Planaufgabe zum Bau- und Strassenlinienplan läuft aktuell noch.

#### 2. Wurde auf die Fragen und die Besorgnis der Mit- und Einsprechenden eingegangen und konnten sie beantwortet werden?

Dies kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden, da die entsprechenden Verfahrensschritte noch nicht abgeschlossen sind.

#### 3. Gibt es Vorschriften, dass Rodungen zeitnah vor Beginn der Bautätigkeit in einem Rutschhang vorgenommen werden müssen, damit die Gefahr eines durch starke Niederschläge verursachten Erdbebens möglichst gering bleibt?

Aktuell sind Baumfällungen in privaten Gärten lediglich durch die Brut- und Setzzeit vom 1. April bis 31. Juli eingeschränkt. Weitere Vorschriften gibt es nicht.

Simone Abt, SP ist nicht ganz zufrieden mit den Antworten. Möglicherweise gibt es auch noch bei anderen Ratsmitgliedern Fragen zu diesem Thema, sodass sie gerne Diskussion beantragen möchte.

://: Diskussion wird stillschweigend beschlossen.

---

### DISKUSSION

*Simone Abt, SP* stellt gleich selbst die erste Frage. Diese betrifft die Rodung an einem Rutschhang. Sind hier ausschliesslich die Eigentumsverhältnisse relevant oder gibt es auch eine Art Sicherheitsplanung im Quartier, sodass man z.B. an einem Ort, an dem man weiss, dass es rutschen könnte nicht unbedingt sehr früh rodet, lange bevor die Bauarbeiten anfangen können, sondern die Bäume, die das Gelände zusammenhalten allenfalls noch stehen lässt? Sie weiss, dass etwas Unruhe im Quartier entstanden ist, da bereits jetzt beide Parzellen gerodet wurden.

*Marc Schinzel, FDP* hat ebenfalls eine Frage zu Punkt 3 dieser Interpellation. Es schliesst etwas an die Frage seiner Vorrednerin an. Dass die Rodung jetzt so früh durchgeführt wurde, was offenbar rechtlich möglich ist, besteht da nicht auch die Überlegung, einen *Fait accompli* zu schaffen? Wenn man sieht, dass noch Einsprachen hängig sind, rodet man einfach zu diesem frühen Zeitpunkt und stellt die Leute dann eigentlich vor einen *Fait accompli*. Man hat dann Sachen, die man nicht mehr ändern kann. Die Situation ist bereits verändert.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* erklärt, es gibt aktuell keine Auflagen, dass man Rodungen nicht machen darf. Es liegt immer beim Eigentümer. Der Eigentümer ist frei, Bäume zu fällen. Es gibt wie gesagt kein Baumschutzgesetz und auch keine Verknüpfung zu irgendwelchen Gefahren. Es gibt zwar Gefahrenkarten, die ausweisen, wo welche Gefahren vorherrschen, aber es gibt keine Verknüpfung zu Bäumen und Rodungen.

*Simone Abt, SP* äussert auf die Gefahr hin, etwas unangenehm zu werden, dass sie im Text der Interpellation das Thema starke Niederschläge, heute «Starkregen», erwähnt hat. Wenn so ein Starkregen kommt und der Hang kommt auch, was ist dann? Nun hoffen wir einfach, dass in diesen paar Monaten nichts passiert. Aber braucht Binningen allenfalls eine solche Bestimmung in der Zukunft? Sie hat nicht nur hier gesehen, dass man Monate vor Baubeginn gerodet hat, sondern auch auf anderen Grundstücken. Die Rednerin kann das nicht nachvollziehen. Meistens besteht kein Risiko, aber hier wäre eins.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* antwortet, aktuell könne man keine konkrete Risikobeurteilung vornehmen innerhalb so kurzer Frist. Er sieht auch nicht, dass hier Massnahmen notwendig wären. Aber der Einwohnerrat ist offen, neue Gesetze zu schaffen, um solche Sachen abzufedern. Der Votant sieht die Dringlichkeit aber nicht.

## BESCHLUSS

---

**://:** Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

---

## Traktandum 3

**Gesch. Nr. 140**

### Bruderholzrain, Tempo 30 Zonenerweiterung

**://:** Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Thomas Hafner, Mitte/GLP* bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für das vorliegende Geschäft. Die Mitte/GLP nimmt Kenntnis von der Tempo 30 Zonenerweiterung und wird dem Antrag zur Mutation des Strassennetzplans Bruderholzrain zustimmen. Eigentlich ist es nichts anderes, als ein Zwischenstück der unteren 30er Zone Bruderholzstrasse zur oberen 30er Zone weiter zur Wilhelm Denz-

Strasse, was eigentlich Sinn macht. 30er-Zonen brauchen aber grundsätzlich keine künstlichen, teuren und gefährlichen Hindernisse. Auf diese sollte man verzichten. Der Redner nennt das Beispiel «Bruderholzstrasse» im unteren Bereich oder auch in Bottmingen an der Batteriestrasse. Dort findet er sie eher gefährlich als nützlich. Vielleicht kann man auch einmal pragmatisch von Empfehlungen gewisser Experten abweichen. Eine Frage an die zuständige Gemeinderätin hat seine Fraktion noch: Warum soll im oberen Bereich, Nähe Wilhelm Denz-Strasse, der Fussgängerstreifen aufgehoben werden? Dies ergibt seiner Meinung nach keinen Sinn und generiert erst noch unnötige Kosten zum Entfernen eines bestehenden Fussgängerstreifens. Hier bittet die Mitte/GLP noch um eine Antwort.

*Sven Inäbnit, FDP* teilt mit, die FDP sei nicht in Begeisterung ausgebrochen bei dieser Vorlage einer Tempo 30 Zonenerweiterung, aber auch nicht direkt vom Stuhl gefallen. Es macht einen gewissen Sinn, dass man den Perimeter dort auf die andere Strassenseite verlegt. Das ist nicht abwegig, aber auch nicht unbedingt zwingend. Denn auf dieser Strasse kann sowieso nicht schneller gefahren werden, weil es bereits etliche Parkplätze gibt, die einen Wechselverkehr notwendig machen. Die FDP sieht aber die Situation, dass auf den Quartierstrassen tatsächlich weitere Tempo-Reduktionen möglich sind. Für sie sind drei Punkte ganz wesentlich. Erstens: Der Fussgängerstreifen auf der Höhe des Bruderholzrain 22 muss unbedingt aufrechterhalten werden. Dort ist ein Schulweg des Bruderholzquartiers, also von der Leonhard Bartenschlag-Strasse, Schäublinstrasse, Jonas-Breitenstein-Strasse etc., der dort hinunter führt Richtung Margarethen-Schulhaus oder Bruderholz-Kindergarten. Der Fussgängerstreifen darf daher entgegen der Auflage, die der Kanton hier auf Seite 2 der Vorlage definiert hat, auf keinen Fall aufgehoben werden. Das ist der Antrag der FDP, den der Votant bereits eingereicht hat. Wenn die zuständige Gemeinderätin aber versichert, dass das so bleiben kann, dann ist dieser Antrag hinfällig. Die Fraktion würde den Antrag zurückziehen, wenn diese Zusicherung vorliegt.

Der zweite Punkt betrifft die sogenannte Strassenmöblierung. Die FDP findet, mit den bestehenden Parkplätzen seien bereits klar eingeschränkte Tempi möglich. Anstatt wieder versetzte Parkplätze für teures Geld zu erstellen und wenn möglich noch irgendwelche Kunsthindernisse und Blumenrabatten etc., empfehlen sie, dass man die Strassenmöblierung weglässt. Wenn es sich nicht bewahrheiten sollte, dass dort anständig gefahren wird, was heute schon der Fall ist, muss man halt ab und zu einmal eine Tempokontrolle durchführen. Das Dritte ist mehr ein Kommentar. Die FDP ist etwas erstaunt, dass eigentlich, und das ist nicht despektierlich gemeint, nur vier Anwohnerschaften einen solchen Antrag einreichen konnten und schwupp handelt der Gemeinderat und macht gleich eine Tempo 30-Zone. Das ist nachvollziehbar aus Sicht der Anwohner, aber es gibt dort momentan noch keinen Hotspot. Dass man einfach schnell, schnell den Anträgen stattgibt, fand seine Fraktion doch etwas speziell. Vielleicht gibt es dazu noch eine Erklärung. Zusammengefasst kann der Votant Folgendes sagen: Die FDP wird der Tempo 30 Zonenerweiterung zustimmen. Es ist aber kein Freipass für andere Strassen, namentlich natürlich Kantonsstrassen. Dort hält sie strikt daran fest, dass Tempo 50 auf Gemeindegebiet bleiben soll.

*Ralph Büchelin, SP* erläutert, das Strassenstück «Bruderholzrain», um welches es hier geht, liegt zwischen zwei Tempo 30-Zonen. Aktuell kann man dort noch 50 km/h fahren. Kommt man vom Bruderholz oben nach unten zur Rechtskurve muss das Tempo sowieso reduziert werden. Dann geht es hinunter und man könnte aktuell noch auf 50 km/h beschleunigen. Das wäre aber schon ziemlich unverantwortlich, denn unten bei der Links-rechts-Verzweigung muss schon wieder stark abgebremst werden. Kommt man hingegen von unten und würde auf 50 km/h beschleunigen, wäre dies ebenfalls wenig sinnvoll. Zum einen, weil aufgrund des Wechsels auf die linke Strassenseite die Übersicht wegen den Parkplätzen nicht sehr gut wäre und zum anderen, weil mit dem Beschleunigen auch vermehrt Lärm produziert werden würde. Daher macht es Sinn, dieses Stück auch noch in die Tempo 30-Zone einzubeziehen. Somit wird auch dem Antrag diverser Anwohnerinnen und Anwohner entsprochen und die Sicherheit wird erhöht. Wichtig erscheint dem Redner zudem, was auch seine beiden Vorredner bereits erwähnt haben, dass bei dieser Mutation der bestehende Fussgängerstreifen oben bei der Einmündung des Bolo-Mäglin-Wegs erhalten bleibt. Unten beim Bolo-Mäglin-Weg, wo er in die Margarethenstrasse einmündet, ist nämlich auch ein Fussgängerstreifen und dort ist ja bereits eine bestehende 30er-Zone.

Die SP-Fraktion nimmt die Erweiterung der Tempo 30-Zone zur Kenntnis und befürwortet die Mutation des Strassennetzplans.

*Christian Schmid Fabini, SVP* findet, es sei wieder eine typische «Salami-Taktik», um den Individualverkehr auszubremsen. Hier einmal 100 m, dort 100 m. Die SVP ist sehr erstaunt, dass sich der gleiche Gemeinderat, der mit dem Lärmschutz für die Tempo 30-Zone argumentiert, für die Verkürzung der Ruhezeiten eingesetzt hat und wenige Meter von dieser Strasse entfernt einen Werkhof errichten will. Die Fraktion ist ebenfalls gegen die Abschaffung des Fussgängerstreifens und natürlich auch gegen das Bauen von zusätzlichen Hindernissen. Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist gegen diese Zonenmutation.

*Peter Frauchiger, FDP* bringt in Anbetracht dessen, dass er Urs Rediger erfreulicherweise im Publikum sehen darf, noch ein praktisches Votum gegen die zusätzlichen Bauhindernisse ein. Der Redner durfte sich mit Urs Rediger unterhalten. Man muss ihn nicht vorstellen. Er ist Nutzer dieser Strasse und wenn er mit grösseren Landwirtschaftsfahrzeugen die Strasse hinunterfährt, dann sind solche Verbauungen schlichtweg Blödsinn. Denn dann muss er anfahren, stoppen, wieder retour fahren, richtig aufs Gas, damit es auch richtig ökologisch wird, und dann um das Hindernis rum. Aus diesem Grund, ein rein praktischer aber nachvollziehbarer Grund eines Hauptnutzers, möchte er beliebt machen, dass man die zusätzlichen Bauhindernisse an dieser Stelle nicht vorsieht.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* begrüsst namens der Grünen/EVP die Tempo 30 Zonenerweiterung. Diese macht Sinn, wie ihre Vorrednerinnen und Vorredner bereits ausführlich begründet haben. Natürlich ist ihre Fraktion auch dafür, dass der Fussgängerstreifen bestehen bleibt, wenn dies möglich ist, was es zu sein scheint. Sie möchte zudem darauf aufmerksam machen, dass es auch für Rettungsfahrzeuge wie die Feuerwehr sehr mühsam ist, wenn solche Hindernisse im Weg sind. Wenn man davon abweichen könnte, wären die Grünen/EVP sehr dafür.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* kann die meisten Ratsmitglieder beruhigen. Der Gemeinderat hat weder vor, den Fussgängerstreifen aufzuheben – Das hat sie auch bereits signalisiert. Da gibt es überhaupt keine Absicht. –, noch die Strasse grossartig zu möblieren. Sie hat in der Vorbereitung der heutigen Sitzung gesehen, dass im Geschäft steht, es seien Vorgaben des Kantons. Sie weiss nicht, weshalb diese hier hineingekommen sind. Denn im Brief des Kantons, der dem Geschäft beiliegt, steht nichts davon und auch im Planungsbericht ist es mit keinem Wort erwähnt. Die Votantin muss sich entschuldigen. Es hat offensichtlich zu Verwirrung geführt. Der Gemeinderat hat nicht vor, irgendetwas zu machen. Die Einhaltung der Geschwindigkeit wird man natürlich beobachten. Wenn es wider Erwarten nicht funktionieren sollte, kann man immer noch schauen, was sinnvoll wäre. Man wird jetzt aber sicher nicht hingehen und irgendwelche Kübel oder ähnliches aufstellen oder Nasen in die Strasse einbauen. Und wie gesagt, der Fussgängerstreifen wird nicht aufgehoben.

Was die Frage der FDP betrifft, ob hier einfach vier Parteien eine solche Änderung beantragen können und dann «schwupp» passiert es, erklärt die zuständige Gemeinderätin, ganz so «schwupp» sei es nicht gegangen. Hinter den vier Einzelanträgen stehen sieben Personen. An diesem Abschnitt wohnen insgesamt 28 Personen. Ein Viertel der Personen, die dort wohnen, haben den Antrag gestellt. Wenn ein solcher Antrag eingeht, dann kommt er in die Fachgruppe Verkehr. Diese prüft ihn und schaut sich die Gesamtsituation an. Wenn sie das Gefühl hat, es sei etwas, das prima vista Sinn macht, dann lässt sie durch einen externen Verkehrsgutachter oder Verkehrsplaner ein Gutachten erstellen. Aufgrund dieser Ergebnisse schaut man es sich nochmals an. Wenn man das Gefühl hat, es macht Sinn, dann wird dem Gemeinderat ein entsprechender Antrag gestellt. Der Gemeinderat beschliesst es und es folgt eine öffentliche Planaufgabe. In dieser öffentlichen Planaufgabe ist nicht eine Rückmeldung eingegangen. Also keine dafür und auch keine dagegen. Damit kann man davon ausgehen, dass dieses Geschäft niemanden gestört hat und alle, die den Antrag gestellt haben, einverstanden sind. Also «schwupp» ist anders. Im Geschäft wurde auch extra geschrieben, dass es Einzelanträge waren. Nicht dass man wie die SVP das Gefühl hat, es sei der Gemeinderat, der sich hier verwirklichen und Tempo 30 ausdehnen will. Es



sind Anträge aus der Bevölkerung und letztlich sind alle Anwesenden für die Bevölkerung da. Diesen Wünschen ist man in diesem konkreten Fall nachgekommen.

#### ABSTIMMUNG

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* hat es so verstanden, dass der Fussgängerstreifen, wie es dem Antrag der FDP entspricht, nicht wegkommt. Somit geht sie davon aus, dass der Antrag zurückgezogen ist. Da es sich beim Geschäft um eine Kenntnisnahme handelt, braucht es keine weiteren Abstimmungen.

*Sven Inäbni, FDP* weist darauf hin, dass auf Seite 2 der Vorlage steht: «Im Anschluss an den inhaltlichen Beschluss durch den Einwohnerrat.» Er geht daher davon aus, dass es einerseits eine Kenntnisnahme der Zonenerweiterung ist, aber es scheint ein Beschluss über die Mutation des Strassennetzplans notwendig zu sein. Eine Abstimmung scheint ihm daher richtig.

Die Präsidentin dankt für den Hinweis.

Mutation des Strassennetzplans: 28 JA / 5 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 03)

#### BESCHLUSS

---

**://:** Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Tempo 30 Zonenerweiterung «Bruderholzrain» und beschliesst die angehende Mutation des Strassennetzplans.

---

#### Traktandum 4

**Gesch. Nr. 141**

#### Kreditabrechnung des Projekts «Erneuerung Informatiksysteme»

**://:** Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Susanna Keller, SVP* äussert, ihre Fraktion danke für den Bericht zum Geschäft Nr. 141. Die SVP hat sich das Geschäft genau angeschaut. Sie freuen sich, dass es Minderkosten von ca. 30 000 Franken gibt und stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* bedankt sich für die Abrechnung. Es ist sehr erfreulich zu sehen, dass die Erneuerung weniger Kosten generiert hat als vorgesehen war. Die Mitte/GLP ist nun gespannt, wie es mit der Digitalisierung der Gemeinde Binningen weitergehen wird und was die weiteren Pläne in dieser Hinsicht sind. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats, den Kredit zu genehmigen.

*Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP* dankt für die zwei Stellungnahmen von zwei Parteien. Die Restlichen schweigen. Damit geht er davon aus, dass die Anträge so genehmigt werden.

#### ABSTIMMUNG

Kreditabrechnung: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

://: Die Abrechnung des Kredits für das Projekt «Erneuerung Informatiksysteme» mit Gesamtkosten von CHF 219'032.95 und Minderkosten von CHF 30'967.05 gegenüber dem bewilligten Kredit wird genehmigt.

---

**Traktandum 5**

**Nr. 105**

**Motion R. Oberli, SVP: Themen öffentlichen Interessens in den Einwohnerrat**

*Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* teilt mit, da die Motion vom Vize-Präsidenten des Einwohnerrats eingebracht wurde, übernimmt sie für dieses Traktandum das Führen der Rednerliste.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

**GESCHÄFTSBERATUNG**

*Roman Oberli, SVP* möchte zu Beginn kurz erwähnen, dass er grundsätzlich in seiner Funktion als Vize-Präsident des Einwohnerrats keine Voten halten wird. Da dieses Geschäft aber aufgrund seines Austauschsemesters verschoben wurde, wird er trotzdem kurz sein Votum halten. Die Begründung, weshalb es diese Motion braucht, ist auf dem Vorstoss aufgeführt. Sie hat zum Ziel, die demokratische Partizipation und Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung zu stärken.

Zur Stellungnahme des Gemeinderats: Er argumentiert, dass diese Zuständigkeiten teils durch höheres Recht geregelt sind. Die Motion hat das Ziel, dort anzusetzen, wo die Kompetenzverschiebung möglich ist und zwar bei den nicht geregelten Punkten. Zudem ist Punkt 1 bewusst offengehalten. Wie der Gemeinderat richtig erwähnt, soll er mit der Überweisung einen Vorschlag für eine Gesetzes- bzw. Reglementänderung ausarbeiten. Mit diesem Wortlaut wird dem Gemeinderat ein Handlungsspielraum gewährt. Bei den Punkten 2 und 3 ist es richtig, dass diese Anträge nicht einer Motion entsprechen und der Gemeinderat sie daher nicht umsetzen müsste. Es gibt jedoch kein passendes Instrument im Einwohnerrat, um diese Forderungen so anzubringen. Sie zielen also auf den Goodwill des Gemeinderats ab, um im Sinne einer vermehrten politischen Mitsprachemöglichkeit ein erstes Zeichen zu setzen und bereits hier eine Diskussion zu ermöglichen. Die SVP-Fraktion empfiehlt deshalb dem Einwohnerrat, sämtlichen Anträgen zuzustimmen und somit die Handlungsfähigkeit dieses Gremiums zu festigen.

*Thomas Häfele, FDP* dankt dem Motionär für seine Initiative sowie dem Gemeinderat für seinen Bericht. Das Anliegen des Motionärs ist berechtigt. Es gibt durchaus heikle Themen von hohem, öffentlichem Interesse, bei welchen eine vorgängige Diskussion oder Vernehmlassung im Parlament Sinn machen würde, bevor der Gemeinderat eigensinnig in eine Richtung davon prescht. Das in der Motion angesprochene Thema «Tempo 30» polarisiert allerdings ordentlich. Insofern ist es wahrscheinlich etwas schwierig, sachlich über diese Forderung zu diskutieren, ob Binningen allenfalls ein weiteres politisches Instrument benötigt. Der Gemeinderat hätte bei der Überweisung dieser Motion die Möglichkeit, ein neues Instrument oder einen neuen Prozess zu entwickeln, um bei heiklen Themen zuerst den Puls des Parlaments zu fühlen und sein Vorgehen zumindest teilweise demokratisch zu legitimieren.

Dass der Gemeinderat sich seine Kompetenzen nicht selbst beschneiden mag, ist grundsätzlich verständlich. Es ist aber trotzdem etwas einfach, diese Motion ausschliesslich aus formal juristischen Gründen abzulehnen. Der Gemeinderat und mit ihm der Einwohnerrat haben schon ganz andere Geschäfte

als Motionen durchgewunken. Es macht daher etwas den Eindruck, dass der Gemeinderat selektiv die unliebsamen Geschäfte aus rein formalen Gründen abschießt, um sich nicht inhaltlich mit ihnen befassen zu müssen. Dem Gemeinderat fehlt diesbezüglich vielleicht ein wenig das Feingefühl. Trotzdem wird die Mehrheit der FDP-Fraktion die Motion nicht überweisen.

*Karin Glaser, Grüne/EVP* äussert, es sei tatsächlich so, dass die Anwesenden manchmal ein wenig das Gefühl haben, sie werden vom Gemeinderat übergangen. Da und dort möchte man gerne etwas zeitnahe mitreden. Zum Glück ist es nicht immer so, denn eigentlich, und so steht es auch im Bericht des Gemeinderats, sind alle oder zumindest die meisten Themen des Gemeinderats von öffentlichem Interesse. Das hat dieses Gremium so an sich. Wenn alles zuerst vor den Einwohnerrat käme, würden die Entscheidungen und Beschlüsse unglaublich träge werden und hätten nie ein Ende. Schlussendlich müsste man sich fragen, wozu man überhaupt noch einen Gemeinderat hat. Das Thema Tempo 30 auf der Hauptstrasse, welches ja offensichtlich ausschlaggebend für diese Motion war, ist eigentlich auch auf dem Mist des Leimentals gewachsen und nicht nur vom Gemeinderat. Abgesehen davon findet ihre Fraktion es durchaus prüfenswert, aber das ist eine ganz andere Geschichte. Die Grünen/EVP sind gegen eine Überweisung und auch gegen die Umwandlung in ein Postulat.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* informiert, die Mitte/GLP werde dem Antrag des Gemeinderats folgen und die Motion nicht überweisen. Die in der Motion genannten Beispiele von Themen öffentlichen Interesses liegen gegenwärtig im Verantwortungsbereich der Exekutive. Eine in der Motion geforderte Verschiebung der Gewaltenteilung würde den Gemeinderat mehr oder weniger handlungsunfähig machen. Das erachtet die Fraktion nicht als sinnvoll.

*Felix Strebel, SP* erläutert, die Motion sei im Februar 2022 eingereicht worden. Aufgrund von Anträgen beim Kanton bzgl. Tempo 30, das war der Aufhänger, wollte man die Motion für dringlich erklären. Sekundiert von der FDP wollte man kein *fait accompli* schaffen, zitiert aus dem damaligen Protokoll. Am 29. August 2022 wurde dann aufgrund der Abwesenheit des Motionärs gesagt, man möchte es noch ein halbes Jahr ruhen lassen, weil es eben nicht dringlich sei. Ein gewisser Widerspruch steht hier einfach im Raum. Es scheint weniger um die Thematik selbst zu gehen, auch nicht um die Dringlichkeit, sondern einfach darum, das Misstrauen in die Exekutive zu bewirtschaften.

In der Motion wird gefordert, dass der Gemeinderat zu Themen von öffentlichem Interesse zuerst die Bestätigung des Einwohnerrats einholt. Grundsätzlich ist dies natürlich nicht falsch. Es geht um Chartas, Absichtserklärungen und weiteres. Es stellt sich aber schon die Frage, was mit ähnlichem gemeint ist einerseits und was mit öffentlichem Interesse andererseits. Der Redner denkt, es würde einen längeren Prozess benötigen, um zu definieren, was öffentliches Interesse ist. Der Gemeinderat sollte letztlich immer im öffentlichen und nicht im privaten Interesse handeln. Daher kann seine Fraktion der Problematik nicht so einfach folgen. Abgesehen davon steht das übergeordnete Recht dem im Weg. Das wurde bereits mehrfach erwähnt. Dass die Motion dem Gemeinderat noch vorwirft, er würde politisch handeln, kann ebenfalls nicht nachvollzogen werden. Denn letztlich ist es ein politisches, von der Bevölkerung gewähltes Gremium und dies ist auch seine Aufgabe. Aus all den genannten Gründen spricht sich die SP gegen die Überweisung dieser Motion an den Gemeinderat aus.

*Sven Inäbnit, FDP* erklärt, selbstverständlich gehe es weder dem Motionär noch den Personen, die eine Überweisung unterstützen, u.a. auch ihm selbst, darum, eine Verschiebung der Gewaltenteilung anzustreben. Das wäre schon ein sehr hoch gegriffenes Ziel und müsste wahrscheinlich auf einer etwas anderen Ebene geschehen. Es geht auch nicht darum, den Gemeinderat grundsätzlich in seinen Aufgaben zu beschneiden und ihm seine Kompetenzen wegzunehmen. Es geht einfach darum, dass es mit dieser Motion möglich ist, dass sich der Gemeinderat einmal zurückzieht und überlegt, welche Geschäfte oder welche Art von Geschäften tatsächlich so von öffentlichem Interesse sind – ganz sicher nicht alle –, dass es ratsam ist, dort eine bessere, eine breitere Legitimation von einem 40köpfigen Einwohnerrat einzuholen bevor man irgendwelche Massnahmen trifft, die erwartungsgemäss durchaus zu Widerspruch

führen können. Er möchte den Gemeinderat daher einladen, und das hat der Motionär auch klar gesagt, dass es darum geht selbst zu definieren, wo könnte man so etwas machen, wo könnte man den politischen Prozess etwas demokratischer abgestützt einfädeln und in die Zukunft führen. Sei es bei Themen, bei denen eine gewisse Sensitivität der Bevölkerung da ist. Das wäre eigentlich die Idee. Es geht nicht darum, sämtliche Themen öffentlichen Interessens, zu denen der Gemeinderat einen Beschluss fassen muss, hier in den Einwohnerrat zu bringen. Das wäre sicher vermessen und würde auch jeglichen Verfassungsbestimmungen, kantonal und national, zuwiderlaufen. Der Votant wird die Motion mit dieser Einladung überweisen.

Die Präsidentin dankt für das Votum und lobt Sven Inäbnit dafür, wie vorbildlich er das Mikrofon genutzt hat. Man hat ihn im Saal sehr gut verstanden. Sie möchte an dieser Stelle alle Räte und Rätinnen bitten, näher ans Mikrofon zu gehen, damit man sie besser verstehen kann. Auch auf dem Podium hat sie teilweise Mühe, die Voten zu verstehen.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung: 12 JA / 22 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 05)

#### BESCHLUSS

---

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

#### Traktandum 6

Nr. 150

#### Investitionskredit Instandsetzung Schloss Binningen 2023–2027

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Jürg Blaser, SVP* teilt mit, die SVP habe das vorliegende Geschäft genau studiert und sei zum Schluss gekommen, dass die aufgeführten Instandsetzungsmassnahmen für das Schloss Binningen ausgeführt werden müssen. Bevor seine Fraktion dem Geschäft zustimmen kann, möchte sie aber wissen, weshalb im Zusammenhang mit diesem Investitionskredit von 3,5 Mio. Franken von einer Defizitbeschränkung gesprochen wird, obwohl dieser Betrag anscheinend aus dem Eigenkapital bezahlt werden kann und die Investition nicht zu einer Verletzung der Schuldenbremse führt. Aussagen auf Seite 6 des Einwohnerratsgeschäfts: «Die Aufwands- und Ertragspositionen wurden mit der neuen Defizitbeschränkung punktgenau einkalkuliert» und auch «Sämtliche Kalkulationen im Rahmen der Defizitbeschränkung wurden unter Berücksichtigung der Instandsetzungsarbeiten am Schloss geführt.».

Nach Wissen der SVP gilt immer noch die Schuldenbremse gemäss § 41 der Gemeindeordnung. Eine mögliche Einführung einer Defizitbeschränkung wurde nur diskutiert, ist aber keineswegs beschlossene Sache. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung dieser Massnahmen aber auch die zukünftigen Aufwands- und Ertragspositionen für das Schloss Binningen unter geltenden Bestimmungen zur Schuldenbremse betrachtet werden und nicht unter dem Gesichtspunkt einer Defizitbeschränkung. Die SVP-Fraktion bittet deshalb um Klarstellung, um entscheiden zu können, ob sie diesem Investitionskredit von 3,5 Mio. Franken zustimmen soll oder nicht.

*Simone Abt, SP* erklärt, die SP erachte diese Vorlage als fundiert und plausibel. Sie dankt dem Gemeinderat. Die Vorlage ist umfassend und beinhaltet die wesentlichen Informationen. Weil es sich um einen höheren Kreditbetrag handelt, hat die Fraktion auch über eine Kommissionsüberweisung beraten. Allerdings stellt sich für sie hierbei die Frage, was mit der Kommissionsberatung bezweckt werden soll. Kann die Vorlage zum Besseren abgeändert werden? Oder wird der benötigte Kredit dadurch möglicherweise kleiner? Das bezweifelt die SP, handelt es sich doch im Vergleich zu vor 10 Jahren um eine strukturierte Ausgabenplanung mit Priorisierung, Zeitplan und Notbremse. Offene Fragen können, wie es die SVP eben vorgemacht hat, ihres Erachtens gut hier im Rat angesprochen und beantwortet werden. Die Fraktion möchte das Geschäft daher direkt behandeln. Falls sich die Ratsmehrheit für die Überweisung in eine Kommission aussprechen sollte, wäre die erste Wahl aus ihrer Sicht die Spezialkommission «Wert-erhaltung Schloss». Ausserdem würden sie den Einwohnerrat auffordern, in diesem Fall klar auszufordern, welches der Auftrag und die Ziele der Kommissionsarbeit sein sollen.

*Daniel Zimmermann, FDP* äussert, die FDP habe das Geschäft fast mit Freude zur Kenntnis genommen und behandelt. Es ist ein gutes Beispiel. Wenn man eine Vorlage lange zur Seite legt, wird sie halb so teuer. Das kann man zukünftig bei allen Bauvorlagen machen und dadurch viel Geld sparen. In der Vorlage ist nicht ganz ersichtlich, wieso dies im Laufe der Zeit auf einmal billiger wurde. Letztlich nimmt die Fraktion aber zur Kenntnis, dass die veranlagten Sanierungskosten jetzt endlich ausgeführt werden müssen. Denn die Sicherheitsbedenken sind sehr hoch und der Betrieb kann mit den momentanen Infrastrukturen fast nicht mehr betrieben werden. Erstaunt ist die FDP, dass der Pächter bei der sehr langen Bauzeit in Etappen mitmacht. Normalerweise ist man bestrebt, eine Sanierung möglichst schnell und schmerzlos zu realisieren. Die Fraktion nimmt dies zur Kenntnis. Der Gemeinderat spielt im einen seiner Anträge auch etwas darauf ab und will sich diesen Spielraum erhalten. Erstaunt hat es, aber sie nehmen dies in der Zusammenarbeit, die der Gemeinderat mit dem Pächter hat so zur Kenntnis und werden allen drei Anträgen zustimmen.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* gesteht, die Instandsetzung des Schlosses sei sicher nicht etwas gewesen, was ihrer Fraktion auf den ersten Blick dringlich erschien in Anbetracht der sonstigen Investitionen. Man sieht in der Vorlage aber sehr genau, dass es durchaus dringliche Ausgaben sind, aufgrund der ansonsten gefährlichen Elektroinstallationen, die nicht mehr im Schuss sind. So ist die Gemeinde als Vermieterin dieses Schloss Ensembles in der Pflicht, dies zu machen. Das ist relativ indiskutabel. Die Grünen haben auch darüber diskutiert, ob sie es in eine Kommission schicken möchten. Aber sie denken nicht, dass es viele zusätzliche Erkenntnisse bringen würde, zumal die Kosten bereits deutlich tiefer geworden sind. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

*Thomas Hafner, Mitte/GLP* bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für das vorliegende Geschäft. Das Binninger Schloss ist in Binningen immer wieder allgegenwärtig. Er glaubt, allen Binninger und Binningerinnen ist bewusst, dass man mit dem Schloss, dem Hotel, dem eingemieteten Zivilstandesamt und dem schönen Schlosspark ein sehr attraktives Ensemble in Binningen besitzen darf. Lange nicht alle wissen aber, dass der Betrieb und der Unterhalt keine Selbstläufer sind. Historische Gebäude sind für den Eigentümer in den wenigsten Fällen lukrativ oder noch lieber, sogar eine Goldgrube. Wir wissen, in Binningen kostet das Schloss mehr, als wir wünschen, dass es einbringen soll. Bereits im Jahr 2014 wollte der Gemeinderat eine grosse Renovation von ca. 6 Mio. Franken machen. Bevor aber eine Renovation realisiert werden sollte, wollten einzelne Mitglieder im Einwohnerrat wissen, ob das Schloss nicht verkauft oder ein spendabler Geldgeber als Gönner gefunden werden könnte. Aber Binningen ist nicht Basel. Der Votant denkt an das Affenhaus im Zolli, den FCB-Nachwuchscampus im St. Jakob oder auch den Neubau Erweiterung Kunstmuseum. Bis heute kennen wir keinen Gönner für unser Dorf, aber in der Binninger Gemeindeverwaltung nimmt man sicher noch gerne Anmeldungen entgegen. Spass beiseite.

Der Mitte/GLP ist seit langem bewusst, dass seit dem Jahr 2015/2016 Renovationen nötig sind. Sie wissen aber auch ganz genau, dass das Parlament mit dem Schulcampus Dorf, dem neuen Werkhof und dem Meiriacker Schulhaus in Kürze ca. 85 Mio. Franken bewilligt hat. Das ist viel Geld. Sehr viel Geld.

Den Schulcampus Dorf hat das Stimmvolk bewilligt. Der Werkhof und das Meiriacker Schulhaus müssen noch vom Stimmvolk bestätigt werden. Seine Fraktion hofft, dass das Stimmvolk den Empfehlungen des Gemeinderats und des Parlaments folgen wird. Mit diesen drei Projekten ist die angesparte Reserve von über 100 Mio. Franken grösstenteils reserviert und weitere zukünftige Anschaffungen werden aktuell wieder neu beurteilt werden müssen. Grundsätzlich möchten sie sich mit weiteren Investitionen zurückhalten. Auch möchten sie die Rechnung 2022 abwarten und dann wieder mit einer aktualisierten, bereinigten Situation die weiteren Geschäfte beurteilen. Der Hinweis, dass diese Investition mit den vorhandenen flüssigen Mittel finanziert werden kann, war aber für die Mitte/GLP sehr hilfreich. Da die Renovation bereits überdringlich ist – Stichwort: Dachterrasse, elektrische Installationen – möchte die Fraktion hier heute eine Ausnahme machen und die Kosten von 3,5 Mio. Franken bewilligen. Von einer Kommissionsberatung möchte sie absehen. Die Mitte/GLP wird der Renovation zustimmen, d.h. sie wird die Anträge des Gemeinderats annehmen.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts. Er ist sehr froh um die Fragen und Voten, die gestellt wurde. Dies gibt ihm die Möglichkeit, den einen oder anderen Zusammenhang noch klarer auszuführen. Er beginnt in der Geschichte im Jahr 2014. Der Gemeinderat ist damals mit einem Kredit über 6 Mio. Franken in den Rat gekommen. Nun ist man neun Jahre später nur noch bei der Hälfte. Er hat gelernt, dass es ganz wichtig ist, konkrete Anträge zu stellen. Die Personen, welche 2014 schon dabei waren, mögen sich vielleicht noch erinnern, dass der Gemeinderat damals eine Zustandsanalyse des Schlosses gemacht hat. Anhand dieser Zustandsanalyse mit den Fachleuten wurde erkannt, dass auf ein längeres Zeitfenster mit Erhaltungsmassnahmen in der Grössenordnung von 6 Mio. Franken gerechnet werden muss. In den vergangenen Jahren liess der Gemeinderat diese Zustandsanalyse immer wieder überarbeiten. Er musste feststellen, dass gewisse Arbeiten sicher irgendwann einmal anstehen, aber dass sich in den letzten neun Jahren nicht allzu viel am Zustand verändert hat. Das will heissen, dass man sicher nicht vorsorglich Sachen in die Finger nehmen muss, wenn es im Augenblick noch keinen Handlungsbedarf gibt. Hier hat der Gemeinderat den Weg, den er auch sonst bei Liegenschaften anwendet, dass er anhand der laufenden Zustandsüberprüfungen wieder neue Einschätzungen machen kann. Wie aber korrekt erwähnt wurde, gibt es nun doch einige Arbeiten, die man bereits 2014 angemeldet hat und die nichts an Dringlichkeit verloren haben. Es ist sicher so, dass die Arbeiten wie Elektroinstallationen aber auch Abdichtungen oder gewisse Auswechslungen von Geräten und Aggregaten nicht nur mit der Erhaltung als solches zu tun haben, sondern es geht hier auch um Sicherheitsbelange.

Nun zu den konkreten Fragen, zuerst bzgl. Finanzierung. Vielleicht ging es zu wenig deutlich aus dem Geschäft hervor. Das Schloss gehört nicht ins Verwaltungs- sondern ins Finanzvermögen. Dort hat man von der ganzen Handhabung her andere Spielregeln. Bei der Finanzierung hat dies auch nicht die gleichen Spuren oder die gleiche Relevanz wie beim Verwaltungsvermögen, wo man über das Ansparen, das Bereitstellen und allenfalls auch über das Mitfinanzieren diskutiert. Beim Finanzvermögen ist es letztendlich nichts Anderes als von der einen in die andere Position in der Bilanz. Was man hier macht, belastet die Erfolgsrechnung in diesem Sinne nicht. Es wurde gefragt, wieso man denn von der Defizitbeschränkung gesprochen hat. Selbstverständlich braucht es für alle Investitionen im Endmoment Geld. Auch wenn man das Ganze buchhalterisch auseinanderhalten kann, am Ende des Tages gibt es nur eine Kasse. Der Gemeinderat hat im Rahmen der Erarbeitung der Defizitbeschränkung und ab dann auch in sämtlichen Berichten, in denen er mit Budget und Rechnung im Einwohnerrat Rapport abgelegt hat, immer wieder mit den gleichen Zahlen gearbeitet und dort auch immer die Gesamtfinanzierung bzw. die Gesamtvorhaben aufgezeigt. In diesem Rahmen, und das ist vielleicht die nicht eindeutige Formulierung im Geschäft, wollte der Gemeinderat lediglich erwähnen, dass das Vorhaben beim Schloss ebenfalls im Rahmen dieser ganzen Aktionen mitberücksichtigt wurde. Es ist völlig korrekt, Gültigkeit hat im Moment nur die bestehende gesetzliche Grundlage und an diese hat man sich zu halten.

Es kam der Hinweis, dass der Pächter, wenn man die Massnahmen während des laufenden Betriebs umsetzt, auch entsprechend beeinträchtigt wird und dass es wohl erstaunlich ist, dass er hier sein Ok gegen

hat, dass man so einen Weg geht. Es ist tatsächlich so, dass der Gemeinderat diesen Punkt intensiv mit der Pächterin besprechen durfte. Man hat das grosse Glück, dass im Pächterkreis eine Person dabei ist, die aus der Baubranche kommt und diesbezüglich einen sehr hohen Sachverstand hat. In der Diskussion hat der Gemeinderat auf den Heimweg genommen, dass die Entscheidung, ob man nun das Ensemble zu macht oder ob man während des laufenden Betriebs die Arbeiten angeht auch für den Pächter eine ganz wichtige Frage ist. Wenn man eine Schliessung macht und dies wirklich versucht geballt abzuwickeln, sind es nicht zwei bis drei Wochen. Dann spricht man eher von zwei bis drei Monaten, vielleicht sogar etwas länger. Davor hat der Pächter einen grossen Respekt. Denn eine Schliessung eines Betriebs über eine gewisse Zeit hat auch Konsequenzen und birgt Risiken. Zum zweiten: Die Arbeiten, die jetzt anstehen beeinflussen nicht den gesamten Betrieb, sondern es sind auch partielle Arbeiten. Es wurde dem Pächter auch zugesprochen, dass mit den Handwerkern zusammen definiert wird, dass man nicht, wenn das Mittagessen im Schloss stattfindet zur gleichen Zeit die lärmintensivsten Arbeiten verrichtet. So wurde ein Weg gefunden, mit dem Beide leben können und den sowohl die Gemeinde als auch die Pächterin als gute Lösung empfinden. Der Gemeinderat hat versucht, die gesamte Kostenstruktur in diesem Geschäft noch etwas tiefer zu analysieren. Der Redner ist der Ansicht, dadurch sei eine gewisse Verhältnismässigkeit zumindest in der Zahlenwelt erreicht worden. Er wäre sehr dankbar und fände es auch einen guten Moment, um die Arbeiten anzugehen, wenn man dies heute Abend im Rat beschliessen könnte.

#### ABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 3 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

#### BESCHLUSS

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt für priorisierte Instandsetzungsmassnahmen am Schloss Binnigen ein Kostendach von 3,5 Mio. Franken über einen Zeitraum von fünf Jahren (2023–2027).
  - ://: 2. Bei einem allfälligen Pächterwechsel wird der Gemeinderat beauftragt, die Vertragsgrundlagen zu optimieren und die genehmigten Instandsetzungsarbeiten den Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen (Optimierung der zeitlichen Abfolge).
  - ://: 3. Künftige Instandhaltungsmassnahmen werden anhand der regelmässigen Zustandsüberprüfung in die Immobilien-Aktionsplanung aufgenommen, budgetiert und laufend umgesetzt.
- 

#### Traktandum 7

Nr. 149

#### Investitionsausgabe für den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen auf der BLT-Linie Nummer 61

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* dankt der zuständigen Gemeinderätin und der Verwaltung namens ihrer Fraktion für die informativen Unterlagen. Vor allem der technische Bericht der Firma Glaser Saxer Keller AG war für

sie sehr aufschlussreich. Die Buslinie Nr. 61 führt von Oberwil nach Allschwil und wieder zurück. Auf Binninger Boden verbleiben von dieser Linie noch 13 Bushaltestellen, die nicht gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2004 umgestaltet wurden. Die Gemeinde steht in der Pflicht, diese Haltestellen bis Ende 2023 umzubauen und beantragt einen Kredit von knapp 1,2 Mio. Franken mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent. Der Baubeginn kann im Herbst 2023 erfolgen und die Bauzeit wird rund 10 bis 12 Monate betragen. Man wird also erst im Herbst 2024 das Ziel erreicht haben, was aber gemäss Rückfrage kein Problem sein sollte. Es sind aber nicht nur Menschen mit Behinderungen, die von diesem Umbau profitieren, sondern auch Leute, die einen Kinderwagen oder einen Einkaufswagen bei sich haben oder einen schweren Koffer oder sonstige Gegenstände. Allgemein kann man sagen, dass ein ebener Einstieg angenehmer ist als einer mit Stufen. Die sieben einfachen Warteunterstände ohne Seitenwände werden dort gebaut, wo es ohne Landerwerb möglich ist. Ein Landerwerb wäre für ihr Fraktion unverhältnismässig. Eine Begrünung der Dächer finden sie eine gute und zeitgemässe Idee. Die Firma Glaser Saxer Keller AG empfiehlt, die Beleuchtung von der Primeo überprüfen zu lassen und auch mit der BLT zusammenzuarbeiten. Die SP begrüsst diese Empfehlungen. Die Fraktion stimmt der Investitionsausgabe über 1 189 100 Franken +/- 10 Prozent zu.

*Marc Schinzel, FDP* kann vorwegnehmen, die FDP-Fraktion steht dem Geschäft positiv gegenüber. Es ist klar, das Behindertengleichstellungsgesetz, welches ein nationales Gesetz ist, verlangt, dass die Gemeinde die Bushaltestellen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen, behindertengerecht umbaut. Das ist offensichtlich. Die Fraktion stellt zudem fest, dass die Gemeinde die Vorlage auch genutzt hat, um die Haltestellen publikumsfreundlich zu gestalten. Es sind Wartehäuschen vorgesehen. Aus ihrer Sicht sind die Wartehäuschen für die ein- und aussteigenden Gäste, die auf den Bus warten, sicher sinnvoller als überdachte Veloabstellplätze, wo man eben den Sattel abwischen muss nachher. Es macht für sie Sinn und ist klar ausgewiesen. Es ist in diesem Sinn nicht verlangt, aber es ist etwas, dass die Gemeinde dem Publikum, den Nutzerinnen und Nutzern des Buses bieten kann. Da ist die FDP ganz klar auch dafür.

Für die Fraktion stellen sich aber noch zwei, drei Fragen. Erstens: Es wird im technischen Bericht ausgeführt, dass man gewisse Haltestellen, da geht es um die Wartehäuschen, über Gasleitungen baut. Es ist für die FDP nicht ganz unproblematisch, wenn einfach gesagt wird, man müsse dies noch abklären. Die Frage ist: Wieso konnte man dies nicht schon jetzt machen? So ganz ohne ist das für sie nicht. Man muss vor allem auch aufpassen, dass man dann dort nicht mehrfach aufreisst. Das wäre nicht wünschbar. Für die FDP stellt sich weiter die Frage, das wird ganz am Schluss des technischen Berichts ausgeführt: Wie ist man mit den Privateigentümern, den Anstössern umgegangen? Unter Ziffer 3.8 heisst es, dass die dort zu informieren sind, wo eine Beanspruchung ihres Areals unumgänglich ist oder gar Landerwerb erforderlich sein wird. Er nimmt an, wenn Landerwerb von Privateigentümern erforderlich sein wird, dann geht es um mehr als eine Information. Der Fraktion stellt sich die Frage, ob nicht grundsätzlich bei Anstössern ein offizielles, formelles Verfahren, bei welchem sie einbezogen werden, vorgesehen sein sollte oder vorgesehen ist.

Des Weiteren liegen der FDP noch zwei Punkte am Herzen und sie haben auch einen entsprechenden Zusatzantrag eingereicht. Dieser liegt der Präsidentin vor. Es geht um zwei Haltestellen speziell. Es geht einerseits um die Haltestelle «Neubadrain». Dort soll die bisherige Haltestelle auf der Nordseite, wenn man Richtung Allschwil unterwegs ist, nach vorne Richtung Kreisel verschoben werden, und zwar ganz dicht an den Kreisel. Hier stellt sich für die Fraktion die Frage, ob man die Sicherheitsaspekte genügend in Betracht gezogen hat. Hat man sich die Situation angeschaut, wenn der Bus dort hält? Denn es ist ein recht frequentierter Kreisel, mit der Paradiesstrasse, Neubadrain und der Langengasse, die dort einmündet. Sogar noch mehr Priorität hat für seine Fraktion die Sicherheitssituation bei der Haltestelle «Schwimmhalle», und zwar bergwärts. Dort kommen Kugelfang, Benkenstrasse und Erdbeergraben zusammen. Was jetzt passiert und im technischen Bericht nicht ganz genau beschrieben wird ist, dass man die Haltestelle wegen einer Privatausfahrt etwas nach oben verschieben muss. Wie alle Anwesenden wissen, hat man bei dieser Ausfahrt, bei diesem Stopp beim Kugelfang bereits heute ein Engnis. Man



musste dies aus Verkehrssicherheitsgründen machen. Es ist auch ein Schulweg. Nun wird diese Haltestelle bergwärts noch mehr Richtung Engnis verschoben. Es wurde natürlich vom Ingenieurbüro angeschaut, aber aus Sicht der FDP ist dies nicht ganz unproblematisch. Es ist bekannt, dass der Kugelfang ein zentraler Schulweg für die Sekundarschule ist. Es gibt dort möglicherweise Probleme, wenn sich das Engnis noch akzentuiert. Ihr Anliegen ist nicht, dass sie meinen, sie hätten eine bessere Lösung. Die Fraktion möchte aber, dass man diese beiden Fälle, ohne das Projekt aufzuschieben notabene, von Seiten des Gemeinderats in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachleuten und dem beauftragten Ingenieurbüro nochmals genau auf die Sicherheitsaspekte prüft. Er betont nochmals, dies gelte v.a. für die Haltestelle bei der Schwimmhalle bergwärts. Seine Fraktion hat den Antrag gestellt, den er auch gerne vorlesen kann.

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* weist den Votanten auf die Redezeit hin. Diese ist bereits überschritten.

*Marc Schinzel, FDP* äussert, der Antrag liege der Präsidentin ja vor. Vielleicht kann sie ihn später vorlesen. Das wäre von Seiten seiner Fraktion alles.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* signalisiert, die Mitte/GLP sei froh zu sehen, dass das Behindertengleichstellungsgesetz jetzt endlich bei den Bushaltestellen umgesetzt wird. Durch die Erhöhung der Bordkante ist es Menschen mit Beeinträchtigung möglich, ohne fremde Hilfe in den Bus einzusteigen, was ihnen im Alltag mehr Selbstständigkeit gibt. Ausserdem ist die Fraktion auch erfreut, dass ein Anliegen der Bevölkerung gleich mitumgesetzt wird, nämlich der Bau von Unterständen an allen Bushaltestellen. Das schützt die Wartenden v.a. an den kalten und regnerischen Tagen vor der Witterung. Die Mitte/GLP folgt dem Gemeinderat und bewilligt die Investitionsausgabe.

*Christian Schmid Fabini, SVP* erklärt, als jemand, der als Studentenjob jahrelang Tram gefahren ist, weiss er, dass das Bauen von behindertengerechten Haltestellen eine Weile dauert und entsprechend auch einen gewissen Betrag kostet. Es hat aber auch den Vorteil, dass nicht nur die Leute, die z.B. mit dem Rollstuhl einsteigen möchten, es einfacher haben, sondern dass es für alle Leute effizienter ist, weil man auf dem gleichen Level wie der Bus ist. Seine Fraktion würde aber trotzdem gerne vom Gemeinderat wissen, wieso man erst jetzt mit diesen Umbauten beginnt, wenn das Gesetz doch schon vor fast 20 Jahren beschlossen wurde. Die SVP ist für den Ausbau der Bushaltestellen.

*Peter Bertschi, Grüne/EVP* begrüsst namens seiner Fraktion den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen in Binningen. Die Grünen/EVP sehen den Mehrwert für Menschen, die Mühe haben mit dem Laufen oder mit Gehhilfen oder Kinderwagen unterwegs sind. Die geplanten Sitzgelegenheiten und Unterstände verbessern zudem die Situation für alle Wartenden. Die Fraktion wird somit dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* dankt für die positiven Rückmeldungen. Es gibt zwei Sachen dazu zu sagen. Bzgl. der kritischen Haltestellen, die die FDP eruiert hat, kann sie den Anwesenden versichern, dass alle Haltestellen intensiv geprüft, geschoben, nochmals geprüft und geschoben wurden. Es ist nicht so einfach, weil man auf relativ viele Sachen Rücksicht nehmen muss. Gerade die beiden besagten Haltestellen «Neubadrain» und «Schwimmhalle» wurden in mehrfachen Varianten durchdiskutiert. Die Sicherheitsanforderungen sind eingehalten. Wenn es aber der Wunsch ist und der Antrag gutgeheissen wird, kann der Gemeinderat es auch nochmals anschauen. Es wurde aber bereits gemacht. Der Gemeinderat schlägt sicher nichts vor, was er nicht zusammen mit den Verkehrsexperten verantworten könnte.

Bzgl. der Frage der SVP, warum man es erst jetzt macht, 20 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, erklärt die zuständige Gemeinderätin, sie wisse nicht, ob es irgendjemand direkt nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gemacht hat. Wie bei allen öffentlichen Institutionen, ob Gemeinden, Kantone, Städte etc., war das Ziel, dass man es auf den Zeitpunkt hin macht, auf den es umgesetzt sein muss, denn es ist

mit einem grösseren Aufwand verbunden. In den letzten Jahren war man mit diversen Bauprojekten, im weitesten Sinn, absorbiert. Es wurde ein erster Entwurf gemacht. Aufgrund der Probleme, die Marc Schinzel angesprochen hat, mussten nochmals zwei, drei Runden gedreht werden, weil es nicht ganz so einfach ist, die Haltestellen BehiG-konform und sicher zu gestalten. Das hat dazu geführt, dass man im Endeffekt etwas später ist als ursprünglich geplant. Aber im Vergleich zu anderen Gemeinden oder Städten – das soll Binningen nicht entlasten – ist man trotzdem immer noch relativ gut unterwegs.

*Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* liest den Zusatzantrag der FDP vor: «Mit Blick auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer prüft der Gemeinderat die Situation bei der Haltestelle Schwimmhalle mit den zuständigen Fachleuten und dem beauftragten Ingenieurbüro nochmals eingehend. Er erstattet dem Einwohnerrat dazu kurz Bericht und unterbreitet diesem, wenn nötig, allfällige Anträge für Änderungen oder Zusatzmassnahmen. Die Umsetzung des Projekts wird dadurch nicht aufgeschoben.» Das ist der Antrag. Gibt es dazu noch Ergänzungen oder Zusatzfragen?

*Marc Schinzel, FDP* betont, wichtig sei der letzte Satz. Mit dem Antrag möchte die FDP die Umsetzung des Projekts in keiner Art und Weise aufschieben. Das heisst, es kann parallel stattfinden. Sie würden einfach gerne informiert werden.

#### ABSTIMMUNG

Zusatzantrag der FDP: 16 JA / 12 NEIN / 7 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Antrag des Gemeinderats: 34 JA / 1 Nein / keine Enthaltung (Abstimmung 10)

#### BESCHLUSS

---

- ://:** 1. Mit Blick auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer prüft der Gemeinderat die Situation bei der Haltestelle Schwimmhalle mit den zuständigen Fachleuten und dem beauftragten Ingenieurbüro nochmals eingehend. Er erstattet dem Einwohnerrat dazu kurz Bericht und unterbreitet diesem, wenn nötig, allfällige Anträge für Änderungen oder Zusatzmassnahmen. Die Umsetzung des Projekts wird dadurch nicht aufgeschoben.
- ://:** 2. Für den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen der BLT Linie 61 wird zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 1,1981 Mio. inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.
- 

#### Traktandum 8

Nr. 130

#### **Motion D. Zimmermann, FDP: Langzeitpflege: Schweiz benötigt 54'000 zusätzliche Betten. Wie geht die Gemeinde Binningen mit dieser Herausforderung um?**

*Daniel Zimmermann, FDP* dankt dem Gemeinderat für die Vorlage. Sie zeigt, dass die Dringlichkeit des Themas gegeben ist. Die Motivation, die Motion einzureichen, stammte aus einem Zeitungsartikel. Dann ist es leider etwas liegen geblieben. Aber das spielt keine Rolle, da der Gemeinderat in seinen Erläuterungen sehr detailliert sagt, was er noch machen will. Gemacht hat er noch nicht viel. Das ist vielleicht auch verständlich, da die Geschäfte, die zu diesem Thema bisher im Rat diskutiert wurden, noch nicht so alt sind und sich auch einiges in der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden getan hat. Wenn der Gemeinderat in seinem Bericht schreibt, dass er demnächst Vorlagen bringen wird und man über das Büro bereits Kenntnis von den ersten Geschäften hat, die in diesem Jahr traktandiert sind, kann er seine Motion mit gutem Gewissen zurückziehen. Er erwartet mit Spannung, was der Gemeinderat zu diesen sehr

wichtigen Themen, die auch Binningen betreffen, vorlegen und zeigen wird. In diesem Sinn zieht er die Motion zurück.

## BESCHLUSS

---

://: Der Motionär zieht seinen Vorstoss zurück.

---

## Traktandum 9

Nr. 135

### Motion Grüne/EVP: Förderung der Regenwassernutzung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* dankt für die positive Aufnahme der Motion. Die Fraktion ist natürlich froh, wenn die Planung der Gemeinde bereits die gleiche Stossrichtung verfolgt. Sie bedankt sich auch für die Massnahmenblätter, die nochmals etwas genauer definieren, was die Ziele sein sollen, wenn auch nicht, was die genauen Massnahmen sind. Die Grünen/EVP machen sich natürlich grosse Gedanken darüber, ob die Klimamassnahmen verschiedentlicher Art rechtzeitig kommen. Wenn man bedenkt, wie lange man schon weiss, auf was man sich eigentlich vorbereiten muss. Daher hoffen sie auf baldige Umsetzung.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* führt aus, das Jahr 2023 sei bisher eines der trockensten seit Messbeginn. Man hört v.a. von den Alpen, dass durch wenig Schneefall Wassermangel herrscht. Aber auch im Baselbiet ist der Boden überdurchschnittlich trocken. In der Zukunft werden Perioden von Trockenheit und Wassermangel auch in Binningen ein Problem werden. Durch Regenwassernutzung kann man diesem Problem entgegenwirken. Das gesammelte Wasser kann man für die Bewässerung nutzen oder als Trinkwasser für Nutztiere. Die Motion verfolgt die gleichen Interessen wie der Massnahmenplan «Klimaanpassung Binningen», welcher dem Einwohnerrat in der Sitzung vom 14. November 2022 vorgelegt wurde. Die Mitte/GLP erachtet die Forderung als sinnvoll und folgt dem Gemeinderat, die Motion zu überweisen.

*Stephan Siegel, SVP* erläutert, was die SVP richtig finde sei das, was der Gemeinderat mache. Und zwar einen Gesamtansatz verfolgen, wie mit dem Massnahmenplan «Klimaanpassung» vom 14. November 2022. Was sie weniger schön finden, sind solche Einzel- resp. Hauruckaktionen und dann mit einer Motion. Denn wer die drei Massnahmenblätter gelesen hat sieht, dass es eigentlich im Gesamtplan enthalten ist, was seine Fraktion gut findet. Sie haben damals gesagt, ihnen haben die Kosten für die Massnahmen gefehlt. Daher die Frage: Wenn die Motion überwiesen wird, heisst es dort, dass eine Kosten-Nutzen-Rechnung gemacht werden soll. Also eine Kostenschätzung für die drei entsprechenden Massnahmen. Dann würde es Sinn machen, die Motion zu überweisen. Aber wenn nicht, dann macht es keinen Sinn sie zu überweisen, denn die drei Massnahmenblätter beschreiben ja bereits, was gemacht wird.

*Lewin Lempert, SP* äussert, um der Klimakrise zu begegnen muss auf sämtlichen Ebenen gehandelt werden. Es braucht mehr Elektromobilität, mehr erneuerbare Energien, aber es braucht eben auch die kleineren Massnahmen, wie z.B. die Förderung der Regenwassernutzung oder auch mehr Bioabfall. Das war ja letztens auch Thema. Daher ist die SP-Fraktion sehr einverstanden mit dem Gemeinderat, dass er sich die Motion überweisen lassen möchte. Sie begrüssen das. Vielleicht noch ein letzter Hinweis auf dem Weg zu dieser Überweisung: Die SP würde sich freuen, wenn der Gemeinderat auch gegenüber den

Hauseigentümern und Hauseigentümerinnen besser oder mehr kommunizieren würde, damit es eben auch bei den Privaten Anklang findet, im Bereich der Regenwassernutzung Massnahmen zu ergreifen.

*Evelyne Treuthardt, FDP* führt aus, die FDP sei der Meinung, dass der Gemeinderat genügend in Sachen Information zur Regenwassernutzung leiste. Die Motion versucht offenstehende Türen einzureissen. Eine Mehrheit der Fraktion ist gegen eine Überweisung.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich für die Rückmeldungen. Bzgl. Trockenheit wird man heute Abend eines Besseren belehrt. Man ist eher im Bereich Starkregen unterwegs. Aber wenn man den Starkregen von heute Abend fassen könnte, dann wäre man vielleicht bei der nächsten Trockenheit froh darum. Insofern führt einem das tägliche Wetter draussen in der Tat vor Augen, dass man etwas machen kann. Die Rednerin nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat für die einen genügend kommuniziert und für die anderen besser kommunizieren sollte. Vielleicht liegt die Wahrheit irgendwo in der goldenen Mitte. Aber man wird sicher im Rahmen der Umsetzung des Massnahmenplans «Klimaanpassung» noch das eine oder andere verstärken. Die Frage der SVP nach den Kosten kann sie nicht beantworten, weil sie die Kosten nicht kennt. Man befindet sich immer noch in der Vorbereitung der Umsetzung. Binningen ist eine der ersten Gemeinden, die einen solchen Massnahmenplan «Klimaanpassung» verabschiedet hat und jetzt versucht, die Umsetzung aufzugleisen. Das ist nicht ganz trivial. Aber so wie sie es versteht, geht es bei der Motion auch darum, dass man Möglichkeiten sucht, wie man die Regenwassernutzung im Rahmen des Gesamtpakets, im Gesamtkontext fördern kann. Daher ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Überweisung sinnvoll wäre. Wenn es nicht überwiesen wird, wird es im Rahmen der Massnahmenumsetzung trotzdem geprüft werden. Das kann sie auch sagen. Es ist nicht etwas, das der Gemeinderat nur macht, weil die Motion auf dem Tisch liegt. Insofern ist das Votum richtig, dass der Vorstoss offene Türen einrennt.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 21 JA / 13 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 11)

#### BESCHLUSS

---

://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

#### Traktandum 10

Nr. 136

#### Postulat R. Büchelin, SP: Gefahrensituation für Velos bei der Tram-Bushaltestelle «Hohle Gasse»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Ralph Büchelin, SP* dankt dem Gemeinderat für den Bericht zum vorliegenden Postulat. Bei der Haltestelle «Hohle Gasse» ist die Durchfahrt für Velofahrer/innen sehr eng. Die Spur bis zum Tramgleis ist 80cm breit und der Randstein ist 15cm hoch. Es gab schon einige, teils gravierende Unfälle mit Stürzen. Gerade kürzlich ist eine Velofahrerin gestürzt und das Auto dahinter konnte noch mit knapper Not bremsen. Die Situation ist daher sehr kritisch und es müsste etwas unternommen werden. Leider geht das offiziell noch eine Zeit lang, weil die Sanierung der Hauptstrasse erst im Jahr 2028 stattfinden soll. Dann soll die Durchfahrt von 80cm sogar auf 72-74cm verengt und der Randstein von 15cm auf 20-25cm

erhöht werden. Das ist dem Bericht des Gemeinderats zu entnehmen. Der Gemeinderat stellt auch fest: «Bei Kap-Haltestellen stellt diese Verengung zwischen Gleis und Perronkante eine Gefahrenstelle für Velofahrende dar». Somit muss eine Lösung gefunden werden, wie Velofahrende sicher durch die Tram- und Bushaltestelle «Hohle Gasse» fahren können. Das sollte nach Meinung des Postulanten möglichst bald erfolgen und nicht erst im Jahr 2028, also in fünf Jahren. Wenn man sich bewusst ist, wie viele Velofahrerinnen und Velofahrer bis zu diesem Zeitpunkt noch hier durchfahren werden, kann man sich vorstellen, wie viele Unfälle noch passieren könnten. Die SP-Fraktion begrüsst eine entsprechende Überweisung des Postulats an den Gemeinderat.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* bedankt sich namens seiner Fraktion bei Ralph Büchelin für das Postulat und dem Gemeinderat für die Antwort und die wohlweisende Entgegennahme für eine sichere und velofreundlichere Lösung hier in Binningen. Die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer sind sehr unterschiedlich. Aber wenn man die Velofahrenden wie ihn gefragt und auf sie gehört hätte, hätte man eine solche Haltestelle, wie sie hier 2000 eingeführt wurde, nie gemacht. Denn es war offensichtlich, dass dies zu Problemen führen wird. Das Problem wird aber grösser werden mit den im Behindertengleichstellungsgesetz vorgeschriebenen Massnahmen, dass man noch höhere Kanten und noch engere Abstände zwischen Trottoir und Schienen haben muss. Leider ist man hier von der BVB abhängig und die haben für die nächsten 20 bis 30 Jahre vorgesorgt, dass man solche Lösungen haben muss. Bern und Zürich haben Schiebetritte zugetan. Bei denen kommt man um das Problem herum resp. es ist nicht ganz so gross, weil die Abstände grösser sind. Seine Fraktion ist zufrieden, wenn der Gemeinderat dies anschauen und eine Lösung finden will. Aber Ralph Büchelin hat es schon gesagt: Es sind noch fünf Jahr bis dahin, mindestens fünf Jahre. Und in der Zwischenzeit? Der Redner nimmt an, der Gemeinderat habe sich bereits Gedanken gemacht. Er kann nur nichts in der Antwort lesen. Was gäbe es für Möglichkeiten bis dahin und wieso hat man dies nicht umgesetzt? Vielleicht gibt es ja doch eine Lösung.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* führt aus, die Mitte/GLP spreche sich für die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat aus. Velofahren ist gesund und schon die Umwelt. Energieverbrauch, CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie Lärm und Abgase können dadurch reduziert werden. Gemäss dem Bundesamt für Umwelt sind in der Schweiz 46 Prozent der Autofahrten nicht länger als 5 km und entsprechen damit einer idealen Velodistanz. Damit aber kürzere Fahrten mit dem Auto durch Velofahrten ersetzt werden, braucht es sichere Velowege. Je besser das Velowegnetz, desto attraktiver ist es, auf das Velo zu springen. Darum sollte auch in Binningen das langfristige Ziel sein, ein durchgehend sicheres und sichtbares Netz von Velorouten zu haben. Der Bau von Velowegen ist Aufgabe des Kantons. Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist das neue Veloweggesetz in Kraft. Dieses verpflichtet u.a. den Kanton zur Planung und Realisierung eines zusammenhängenden und sicheren Velonetzes. Das ist in Binningen gegenwärtig insbesondere an gewissen Stellen nicht gewährleistet.

Jedem und jeder Velofahrer/in in Binningen ist die Gefahrenstelle bei der Hohlen Gasse mit der Verengung und dem Tramgleis wohlbekannt. Massnahmen für eine Entschärfung der Gefahrensituation sind notwendig. Ein attraktives Velowegnetz in dicht besiedelten Gebieten mit wenig verfügbarem Platz umzusetzen ist ein komplexes Unterfangen. Eine Vielzahl an verschiedenen Verkehrsmitteln und Ansprüchen müssen berücksichtigt werden. Folglich ist ein ausreichender Vorbereitungsprozess ausschlaggebend. Die Fraktion begrüsst es daher, dass der Gemeinderat beabsichtigt, zusammen mit dem Kanton und der Bevölkerung ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Hauptstrasse inkl. eines sicheren Ausbaus der gegenwärtigen Gefahrensituation zu erarbeiten und umzusetzen. Wenn auf Strassen Unterhaltsarbeiten stattfinden, wie dies für die Hauptstrasse im Jahr 2028 geplant ist, macht es absolut Sinn, die Infrastruktur für den Veloverkehr zu verbessern. Allerdings dauert es bis dahin noch gut fünf Jahre. Ihre Fraktion würde es daher ebenfalls begrüssen, wenn in naher Zukunft geprüft werden würde, ob die Gefahrenstelle beispielsweise mit einer Routensignalisierung oder mit Markierungen bereits jetzt etwas entschärft werden könnte.

*Carole Inäbnit, FDP* signalisiert, die FDP habe die Situation für Velofahrende bei der Haltestelle «Hohle Gasse» auch schon öfters intern diskutiert. Sie stimmt mit dem Postulat überein, dass die Situation gefährlich ist. Und zwar nicht nur, wenn man vom Kronenplatz kommt und es eine plötzliche Verengung gibt, sondern auch wenn man vom Dorenbachkreisel nach oben fahren möchte. Da es sich allerdings um eine Kantonsstrasse handelt und angedachte Planungen bereits gemacht wurden, sieht die Fraktion im vorliegenden Postulat eine eher limitierte Wirkung. Nichtsdestotrotz ist es ihnen sehr wichtig, dass die Situation bei diesen beiden Haltestellen verbessert wird und der Gemeinderat zusammen mit der Bevölkerung und dem Kanton in Dialog kommt und sich entsprechend einsetzen kann. Daher wird die FDP das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

*Christian Schmid Fabini, SVP* teilt mit, die SVP sei etwas erstaunt über den Antrag. Klar ist die Situation momentan nicht optimal. Aber parallel zur Hauptstrasse gibt es einen Veloweg, den jeder nutzen kann. Wenn jemand trotzdem unbedingt durch die Hauptstrasse fahren möchte und sich nicht traut, kann er absteigen und die Meter gehen. Der Redner findet, wenn man die Autofahrer ausbremse, sei es ja auch nie ein Problem. Die Fraktion findet zwar, die Situation sollte beim nächsten Umbau sicher angeschaut werden, aber sie sind gegen das Postulat.

*Daniel Zimmermann, FDP* glaubt, aus den Voten sei erkennbar gewesen, dass es tatsächlich schon seit längerer Zeit eine gefährliche Situation ist. Da zur Kenntnis genommen wurde, dass der Kanton erst im Jahr 2028 baut, ist er ebenfalls der Meinung, es könnte möglichst bald etwas gemacht werden. Der Votant hat noch zwei Fragen an die zuständige Gemeinderätin. Die erste betrifft die Planungshoheit des Kantons. Wurde mit dem Kanton bereits über das Problem gesprochen? Ist er überhaupt bereit, vorgängig eine bauliche Massnahme, die in diesem Kantonbereich mit den Tramanlagen nicht ganz einfach ist, zu realisieren? Die zweite Frage: Da es ja eine Kantonsstrasse ist, finanziert auch der Kanton. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass dies die Gemeinde Binningen bezahlen muss?

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* äussert, fast alle Anwesenden seien sich einig. Es ist eine gefährliche Situation und zwar bergwärts wie talwärts. Es ist leider so, das haben die Anwesenden zur recht festgestellt, dass es eine Kantonsstrasse ist. Die Hoheit liegt beim Kanton. Seit geschlagenen 1,5 Jahren versucht die Gemeinde mit dem Kanton an einen Tisch zu kommen, um endlich den Prozess für das Betriebs- und Gestaltungskonzept starten zu können. Mittlerweile wurde man mit dem dritten Brief vertröstet. Die Votantin hat letzte Woche persönlich beim zuständigen Baudirektor interveniert und sich beschwert, dass das Vorgehen inakzeptabel ist. Soviel zum Thema, der Kanton ist kooperativ und bereit Hand zu bieten. Das Thema vorgängige Massnahmen wurde schon besprochen. Die Haltung war so ablehnend wie die Bereitschaft, sich mit der Gemeinde in den Prozess zu begeben. Es tut ihr leid, dies so sagen zu müssen. Aber aus jeder Pore der Haut spürt man die Ablehnung, sich hier gemeinsam an einen Tisch zu setzen, weil man einfach merkt, es ist mit Aufwand verbunden, es ist mühsam und man hat sicher auch personelle Engpässe beim Tiefbauamt des Kantons. Das kann sie nachvollziehen.

Letztlich ändert es aber nichts daran, dass die Gemeinde Binningen hier Bedürfnisse hat und der Gemeinderat für die Bevölkerung für die Umgestaltung im Jahr 2028 eine gute Lösung bringen will, wenn möglich auch bereits vorher. Insofern hilft die Überweisung des Postulats dem Gemeinderat, auch wenn der Vorstoss, wie der vorherige, offene Türen einrennt. Aber es ist etwas, dass man gegenüber dem Kanton geltend machen kann, um zu betonen, dass vorher nochmals nach Lösungen gesucht werden muss und man nicht fünf Jahre warten kann. Daher würde eine Überweisung helfen. Sie bittet die Anwesenden ihr zu glauben, dass sie wirklich an der Sache dran ist. Es ist einfach echt mühsam.

*Daniel Zimmermann, FDP* hätte gerne noch seine zweite Frage bzgl. der Kosten beantwortet.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* erklärt, grundsätzlich müssen die Kosten von Kanton getragen werden, weil die Hoheit beim Kanton liegt. Das Einzige, was denkbar wäre, ist, dass wenn man es schafft, irgendeine vorgängige Massnahme zu eruieren, mit der man eine gewisse Abhilfe schaffen könnte, und

der Kanton nicht bereit ist, diese umzusetzen, dann könnte man schauen, was sie kosten würde und ob der Kanton allenfalls bereit wäre sie umzusetzen, wenn die Gemeinde Binningen sich an den Kosten beteiligen würde. Das wäre sicher eine Möglichkeit. Aber das müsste man prüfen, wenn man überhaupt so weit gekommen ist.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 28 JA / 6 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 12)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

#### Traktandum 11

Nr. 143

#### Interpellation K. Müller, SP: Raumprobleme bei den Kindergärten

#### BESCHLUSS

---

://: Verschoben.

---

#### Traktandum 12

Nr. 144

#### Motion P. Frauchiger, FDP: Rückkehr zu einer zeitlich und örtlich eingeschränkten Wildplakatierung: für eine Übergangslösung z.G. der politischen Meinungsbildung

#### BESCHLUSS

---

://: Verschoben.

---

#### Traktandum 13

---

#### Diversa

*Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne* erläutert, als ihr Vorgänger den Ratsmitgliedern vor fünf Jahren diverse Kreditabrechnungen von Schulraumprojekten zur Genehmigung unterbreitet hat, sind damals bereits beschlossenen Teilprojekte vom Neusatzschulhaus noch nicht genehmigt worden. Der Einwohnerrat hat sich gewünscht, dass zuerst eine Gesamtsicht aller Teilprojekte dieses Schulhauses dargelegt wird. Das war damals noch nicht möglich, da die aufgetretenen Wasserschäden zu einem längeren Rechtsstreit geführt haben. Mittlerweile, seit Ende 2021, liegt zwar ein gerichtlicher Vergleich vor, aber leider sind immer noch nicht alle Zahlungen zugunsten der Gemeinde erfolgt. Darum kann der Gemeinderat dem Parlament immer noch keine Kreditabrechnung präsentieren. Mit dieser kurzen Pegelmeldung möchte die Rednerin den Anwesenden einfach versichern, dass das Anliegen selbstverständlich

nicht verloren gegangen ist. Der Gemeinderat versucht, dem Rat so schnell wie möglich die gewünschte Gesamtübersicht mit den diversen Kreditabrechnungen zur Beschlussfassung vorzulegen. Es ist also nicht im Wasserschaden untergegangen.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* darf den Anwesenden mit grosser Freude berichten, dass im Zusammenhang mit der Plakatierung ein ganz grosser Schritt gelungen ist. Hier im Rat wurde schon ein paar Mal über das Thema diskutiert. Der Gemeinderat hat den Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen auch unterbreitet, dass er daran ist, eine digitale Lösung anzustreben. Das heisst, es soll mit modernen Screens gearbeitet werden, bei denen man die Plakate nicht mehr Monate in Voraus eingeben muss, sondern sie können dort per File aufgeschaltet werden. Die Gemeinde hat die angedachten Stellen zusammen mit der APG beim Kanton eingegeben und im ersten Schritt wurden alle abgelehnt. Da dies überhaupt nicht nachvollziehbar war und sich v.a. im Vergleich mit anderen Schweizer Gemeinden, die dies schon umgesetzt haben, nicht nachvollziehen liess, wurde Einspruch erhoben. Es haben Begehungen und Verhandlungen stattgefunden. Seit Ende letzter Woche weiss der Gemeinderat nun, dass ganz sicher drei Stellen bewilligt wurden und zu weiteren laufen noch Gespräche. Der Votant ist sehr zuversichtlich, dass man den Schritt nun auch in der Realisierung vollziehen kann. Wenn alles gut kommt, stellt er sich vor, dass man einen digitalen Start auf den Spätsommer/Herbst machen kann, zumindest sicher einmal an drei Stellen, und damit auch Erfahrungen sammeln kann.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* möchte die Anwesenden kurz über zwei Themen zum Fluglärm informieren. Letztes Jahr, im 2022, lag die Südlandequote über Binningen bei 11,48 Prozent. Zugelassen wären eigentlich 8 Prozent. Das ist erneut eine Überschreitung der Südlandequote. Der Gemeinderat setzt sich weiterhin dafür ein, dass man diese Quote senken kann. Zum anderen wurde letzten November vom Schutzverband eine Petition lanciert. Diese wurde am 13. Februar 2023 bei der Landeskantlei Basel-Landschaft mit 4407 Unterschriften eingereicht. 19 Prozent der Unterschriften kamen aus Binningen. Das entspricht 830 Personen. Also 5 Prozent der Bevölkerung haben die Petition mit 10 Handlungsanweisungen zuhanden des Regierungsrats unterschrieben. Er hofft sehr, dass es etwas bewirken wird. Es ist auch ein klares Zeichen von Binningen an den Kanton, dass beim Fluglärm gehandelt werden muss.

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* möchte nun Gemeindepräsident Mike Keller verabschieden. Mike Keller ist seit 2008 Mitglied des Gemeinderats und seit Juni 2012, also seit mehr als 10 Jahren, führt er das Gemeinderatsteam als Präsident. In seinem Geschäftskreis «Zentrale Dienste» und «Soziale Dienste» hat er u.a. die Produktverantwortung über das Marketing und die Finanz- und Sozialhilfe. Kurz zusammengefasst also: Wie und wo können wir Geld einnehmen? Und wie und wo oder wieviel dürfen wir ausgeben? Nicht immer waren die Einwohnerräte oder Einwohnerrätinnen mit Anträgen und Entscheiden des Teams Gemeinderat einverstanden. Wortreich konnte Mike Keller den Parlamentariern und Parlamentarierinnen aber aufzeigen, dass Massnahmen und Entscheide nicht immer schön und toll sind, sondern auch nötig. Er hatte damit Erfolg, sonst wäre er nicht so lange in dieser Position geblieben. Mit den präsidentialen Repräsentationspflichten bei den Aussenbeziehungen und in den kantonalen und regionalen Mandaten, wie der Region Leimental Plus, der Hardwasser AG und der Sozialhilfebehörde, hat er mit seiner langjährigen Arbeit zum guten Ruf der Gemeinde Binningen beigetragen.

15 Jahre sind eine lange Zeit und jeder der Anwesenden hat andere Erinnerungen an Begegnungen und Gespräche mit Mike Keller. Daher erhält er eine Karte, auf welcher es noch viele weitere Adjektive gibt. So kann auch er mit seinen Erinnerungen ein wenig an die Ratsmitglieder denken. Die Rednerin weist darauf hin, dass sich diese Karte von der Grösse her auch sehr schön in einen Rahmen einpassen lasse und dann könnte er sie bis zu seiner Pensionierung immer wieder anschauen. Sie dankt Mike Keller für seine Zeit und sein Engagement. Damit jeder sich auch noch persönlich an Mike Keller wenden kann, wurde ein kleiner Apéro organisiert, zu dem alle Anwesenden herzlich eingeladen sind.



*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich recht herzlich. Die Anwesenden dürfen ihm glauben, er ist heute Abend schweren Schrittes hierhin gekommen. Denn es macht ihm nach wie vor eine Riesenfreude und er kam immer gerne an die Einwohnerratsitzungen. Die Präsidentin hat es gesagt, man war nicht immer gleicher Meinung. Das ist halt ein wenig die Tücke eines Gemeinderats, dass er nicht immer Blumen abholen kann, wenn er mit Vorstößen oder Anträgen hier ins Parlament kommt. Er hat es aber immer geschätzt, dass man hier im Saal sachlich und konstruktiv miteinander diskutieren durfte. Wenn er letztendlich über die grossen Themen zurückblickt, gab es überall eine Lösung. Genauso wie alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen bestmöglich versuchen, die Interessen der Binninger Bevölkerung wahrzunehmen und dementsprechend politisieren, machen dies auch alle Gemeinderatsmitglieder und auch der Redner selbst hat dies getan. Der Unterschied liegt wohl einfach darin, dass man halt unterschiedliche Rucksäcke anhat. Man hat unterschiedliche Prägungen und auch unterschiedliche Vorstellungen. Genau das macht die Politik letztlich spannend. Es wäre nicht spannend, wenn immer alle gleicher Meinung wären und es ist es auch wert, dass man über gewisse Themen miteinander diskutiert.

Der Gemeindepräsident muss ehrlich gestehen, dass er sich ein paar Mal nach einer Einwohnerratsitzung gewünscht hätte, man hätte diese Diskussion vor dem Einbringen des Geschäfts führen können. Denn es war ab und zu der Fall, dass das Parlament Überlegungen oder Argumente einbringen konnte, die die Gemeinderäte im Gemeinderatsgremium bei ihren Diskussionen so gar nicht gesehen haben. Darum, auch wenn es natürlich manchmal mit «gewonnen» oder «verloren» bezeichnet wird, hat im Endeffekt die Binninger Bevölkerung jedes Mal gewonnen, weil hier im Saal immer mit Mehrheitsbeschlüssen Lösungen verabschiedet wurden. Der Votant hat schon mehrfach erwähnt, was bei ihm wahrscheinlich am meisten hängen geblieben ist, ist, dass er eine riesen Lebensschule in seiner Tätigkeit hier absolviert hat, letztendlich auch mit den Ratsmitgliedern zusammen. Er hat gelernt, dass man die Ohren aufmachen und anderen zuhören muss. Man hat jegliche Meinung zu respektieren und man darf unterschiedlicher Meinung sein. Die grosse Herausforderung ist es, am Schluss eine Lösung zu finden, hinter der alle stehen können. Der Gemeindepräsident wünscht allen Anwesenden und speziell der Gemeinde Binningen alles, alles Gute. Er ist überzeugt, dass es auf jeden Fall gut kommt, wenn die Anwesenden weiter so agieren. Er bedankt sich ganz herzlich und auch speziell für das ganz liebe Kärtli. Vielen Dank.

*[langanhaltender Applaus]*

*Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* dankt allen für die produktive Mitarbeit. Man ist weit gekommen. Sie schliesst die Sitzung um 21.37 Uhr und wünscht «Prost».

